

**AGRA Europe, Nr. 41 – 10. Oktober 2025**

**GAP NACH 2027**

## **Die Kappung kommt nicht gut weg**

**Latacz-Lohmann und Grethe sind dagegen, aus unterschiedlichen Gründen.**

BERLIN. Pläne der EU-Kommission, die Direktzahlungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2027 bei 100.000 Euro pro Betrieb zu kappen, sind zumindest bei den Teilnehmern einer Podiumsdiskussion nicht gut weggekommen, die die Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie (VLI) im Rahmen ihrer Herbsttagung am Mittwoch (8.10.) ausgerichtet hat. Laut **Prof. Uwe Latacz-Lohmann** vom Institut für Agrarökonomie der Universität Kiel muss damit gerechnet werden, dass die Wirksamkeit des künftigen „Farm Stewardship“, das die erweiterte Konditionalität ersetzen soll, in größeren Betrieben durch eine Begrenzung der hektarbezogenen Agrarzahlen reduziert wird. „Wenn Betriebe bei 100.000 Euro gekappt werden, dann werden sie sich für Auflagen möglicherweise nicht mehr krummmachen“, warnte der Kieler Agrarökonom. Diese gingen dann „lieber aus der GAP raus“ und beachteten die Konditionalitäten im Gegenzug nicht mehr. Für Latacz-Lohmann macht es den Anschein, dass die Pläne der EU-Kommission zu Kappung und Degression im Zusammenhang mit einem perspektivischen EU-Beitritt der Ukraine stehen: „Man will einfach nicht die großen Agrargesellschaften in dem ost-europäischen Land mit Geld aus Brüssel überschütten“.

**Prof. Harald Grethe**, der an Humboldt-Universität zu Berlin den Fachbereich Internationaler Agrarhandel und Entwicklung leitet, ist ebenfalls gegen eine Kappung von Brüsseler Agrarzahlen, will diese aber an konkrete Gegenleistungen geknüpft sehen. Er führt die neuerliche Diskussion um Kappung und Degression auf „Auswüchse“ in der aktuellen Förderperiode zurück, dass nämlich einzelne Betriebe „extrem viel Geld kriegen“, ohne einen konkreten Mehrwert für das Gemeinwohl zu erbringen. Aus seiner Sicht kann eine Diskussion um eine einzelbetriebliche Begrenzung der Direktzahlungen dadurch vermieden werden, dass Geld künftig nur noch für ganz konkrete Leistungen fließt. „Wer auf seiner Fläche etwas für Biodiversität, Nachhaltigkeit oder den Umwelt- und Klimaschutz tut, sollte dafür Geld bekommen, egal ob der Betrieb groß oder klein ist“, brachte Grethe seine Position auf den Punkt.

### **Agrargenossenschaften als Vorbild**

Für **Jörg Migende** vom Deutschen Raiffeisenverband (DRV) ist eine künftige GAP nur ohne Kappung gangbar. Der DRV-Hauptgeschäftsführer empfahl die Agrargenossenschaften in den ostdeutschen Bundesländern als Vorbild dafür, wie sich kleinere Strukturen über ein echtes Zusammengehen wettbewerbsfähiger aufstellen könnten. Migende stellte einmal mehr klar, dass Agrargenossenschaften nichts anderes als Mehrfamilienbetriebe seien und deshalb nicht über eine Begrenzung der Direktzahlungen benachteiligt werden dürften.

Landvolk-Präsident **Dr. Holger Hennies** verwies bei der Podiumsdiskussion darauf, dass durch die von der Kommission geplante Degression bei den Direktzahlungen künftig nur noch rund 100 Euro pro Hektar bei größeren Betrieben in Niedersachsen ankommen könnten – von ehemals 360 Euro ab dem Jahr 2005. „Die Summe, die an einkommenswirksamer Leistung tatsächlich auf den Höfen ankommt, wird immer weniger“, kritisierte Hennies. Gleichzeitig habe Brüssel aber die Regulatorik immer weiter hochgefahren und dadurch ein „Parallel-Ordnungsrecht“ geschaffen, das mit nationalen Regelungen oder mit Schutzgebietsrecht kollidiere. „Wir merken das bei jeder Vertragsnaturschutzmaßnahme, die wir gerade in Niedersachsen konzipieren wollen“, berichtete der Landvolk-Präsident. Häufig seien Maßnahmen dann nur unter „De minimis“ durchführbar, und durch die Leistungserbringung deshalb kein Geld zu verdienen: „Ich wünsche mir hier einen System-wechsel“.

Hennies stößt sich auch an den Zusatzanforderungen über die Standards zum Gute Landwirtschaftlichen und Ökologischen Zustand von Flächen (GLÖZ), die er am liebsten „von 1 bis 8 streichen“ würde. Wenn es beispielsweise regional Vorgaben zum Grünlandumbruch brauche, könne dies im nationalen Recht geregelt werden, aber nicht über das EU-Förderrecht, so der Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV). AgE

---

## GMO-REFORM

# Migende warnt vor Marktverzerrungen

## Die Verschärfung wäre ein Einfallstor für Produktionskostenregelungen.

BERLIN. Vor dem Einstieg in einen staatlich moderierten Prozess zur Festsetzung von Mindestpreisen durch die geplante Reform der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) warnt **Jörg Migende** vom Deutschen Raiffeisenverband (DRV). Der Hauptgeschäftsführer geht davon aus, dass die über die Artikel 148 und 168 GMO geplanten Eingriffe in die Vertragsfreiheit nur ein erster Schritt auf diesem aus seiner Sicht falschen Weg sind. Der Plan der EU-Kommission dahinter sei, die Preisbildung über die Erweiterung der Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken (UTP) aus dem Privatrecht herauszunehmen und Preise am Ende über Kommissionen staatlich vorzugeben.

Solche Produktionskostenregelungen führen nach Überzeugung von Migende aber zu Marktverzerrungen und Einkommensverlusten, wie Erfahrungen aus Frankreich mit dem Gesetz zur Stärkung der Erzeuger (Egalim) zeigten, das seit 2018 bereits mehrmals nachgeschärft worden sei. Auch das Thünen-Institut warne vor einer staatlichen Regulierung der Marktpreise durch produktionskostenbezogene Vorgaben wie in Frankreich, Spanien und Italien. Der DRV-Hauptgeschäftsführer plädierte bei der Herbsttagung der Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie (VLI) am Mittwoch (8.10.) in Berlin dafür, solche Markteingriffe zu unterlassen und stattdessen „maßgeschneiderte Lösungen“ zu entwickeln, die den unterschiedlichen Strukturen in Europa auch gerecht würden.

Um für ein Marktgleichgewicht zu sorgen, hat Migende speziell Artikel 210a GMO zu Preisabsprachen bei Nachhaltigkeitsinitiativen im Auge. Dieser Paragraph müsse dazu aber unbedingt praktikabler ausgestaltet werden, weil Druck vom Lebensmitteleinzelhandel aktuell sehr stark über Nachhaltigkeitsauflagen komme, die am Ende nicht bezahlt würden.

### **„Deutsche Brille“ wird als Arroganz wahrgenommen**

Nach Einschätzung von Bioland-Präsident **Jan Plagge** steht Deutschland mit seiner Kritik an der geplanten GMO-Reform aktuell in Europa „ziemlich allein da“. In einer Replik auf Jörg Migende verwies Plagge auf Gespräche mit Landwirten und Kooperativen in anderen europäischen Ländern, wo die „deutsche Brille“ nicht selten als Arroganz wahrgenommen werde. Plagge, der auch Präsident der EU-Gruppe der Internationalen Vereinigung ökologischer Landbaubewegungen (IFOAM Organics Europe) ist, empfiehlt deshalb ein genaueres Studium, was die Realität landwirtschaftlicher Unternehmer in Frankreich, Spanien oder Italien tatsächlich ausmache, um voneinander zu lernen und Hürden zu überwinden.

Auch Plagge hält Artikel 210a GMO für einen großen Hebel, um faire Preise in der Landwirtschaft durchzusetzen. Der Artikel ermögliche nämlich eine außerordentliche Privilegierung der Landwirtschaft im Kartellrecht. „Wir dürfen uns also abstimmen, wie der Weg zur Inwertsetzung von Biodiversität, Klimaschutz und Tierwohl und damit eine faire Entlohnung von Nachhaltigkeitsleistungen praktisch laufen soll“, so der Bioland-Präsident. Nach seiner Lesart dürfen sich Landwirte mit ihren Abnehmern über Regeln und Verträge abstimmen, ohne das Bundeskartellamt oder eine andere Wettbewerbsbehörde in der Aufsicht fürchten zu müssen. Im Detail seien dabei ein paar Regeln einzuhalten, räumte Plagge ein. Und der „210er“ könne auch noch einfacher ausgestaltet werden. Den politischen Willen für entsprechende Nachbesserungen sieht er als gegeben, letztlich aufgrund der Einsicht in fehlende direkte Steuerungsmöglichkeiten durch die Politik.

AgE